

**Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Spandau am 19.07.2017:  
Redebeitrag der Bürgerinitiative zum Einwohnerantrag für eine maßvolle  
Bebauung der Wasserstadt Spandau**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Vorsteherin, sehr geehrte Verordnete, meine Damen und Herren,  
im Namen der Bürgerinitiative und aller Unterzeichnenden danke ich Ihnen vielmals für die  
Gelegenheit, heute unseren Einwohnerantrag vorzustellen und zu begründen.

Wir haben erfahren, dass unser Einwohnerantrag der erste ist, der jemals in Spandau  
gestellt wurde. Wir sind stolz darauf, damit in die Geschichte der Bürgerbeteiligung hier im  
Bezirk einzugehen. Auf der anderen Seite macht es uns auch nachdenklich, denn  
offensichtlich wird Bürgerbeteiligung hier nicht so gelebt wie in anderen Bezirken. Wir wollen  
aber hier und heute gerne dazu beitragen, das zu ändern.

Bevor ich etwas zu dem Antrag sage, möchte ich Ihnen berichten, welche Menschen hier  
ihre Unterschrift gegeben haben. Das sind einmal die Anwohner und Anwohnerinnen des  
Havelecks, die fast zu 100% unterschrieben haben. Unterschrieben haben aber auch viele  
Menschen im Kerngebiet von Haselhorst, d.h. um die Gartenfelder Str. Ich möchte  
hervorheben, dass wir die Unterschriften nicht über social media gesammelt haben. Wir  
haben mit allen, den Nachbarn, den Bewohnern, den Kennern von Haselhorst persönlich  
gesprochen. Und über 1.200 Menschen haben unterschrieben, da sie sich eine gute  
Entwicklung und Perspektive für Haselhorst wünschen.

Meine Damen und Herren, warum haben wir den Antrag gestellt?

Bei den Plänen zur Wasserstadt geht es um die Entwicklung einer Fläche von 76 ha um das  
größte Bauvorhaben in Spandau. Der Stadtteil Haselhorst wird allein mit diesem Projekt um  
mindestens 5000 Menschen wachsen. Das was hier gebaut wird, hat Bestand für die  
nächsten Jahrzehnte und wird Entwicklung von Haselhorst und Spandau maßgeblich  
beeinflussen.

Trotz dieser Größenordnung sind aus unserer Sicht zentrale Fragen bislang nicht  
beantwortet!

Die wichtigste Frage ist die nach einer Gesamtplanung. Und mit Gesamtplanung meinen wir  
nicht die bunten Kästchen, die zeigen, welcher Wohnungsbaugesellschaft die Flächen  
gehören, sondern ein echtes Konzept.

Der aktuelle Entwurf des 5-73 über den Sie schließlich entscheiden werden, ist der erste  
Baustein für die Weiterentwicklung der Wasserstadt. Leider ist der 5-73 nicht nur der erste,  
sondern auch der einzige bislang vorhandene Baustein in diesem Projekt. Es wird also  
begonnen - schon 2018 - ohne dass es einen Gesamtplan gäbe.  
Hier gilt das Prinzip, ich fang mal an zu bauen und schaue dann, was später bei rauskommt.  
Das hat die Gewobag in der Anwohnerversammlung in der letzten Woche auch genau so  
bestätigt. Das ist aber kein Konzept!

Zu einem Konzept gehört:

Erstens: Die Erfassung der Bevölkerungsstruktur des Quartiers und Bezirks und ihre

Entwicklung in den letzten Jahren

Zweitens: Die Rücksichtnahme auf die bestehende Infrastruktur bzw. eine zeitnahe Weiterentwicklung der Infrastruktur sowohl der verkehrlichen als auch der Bildungsinfrastruktur

Und Drittens eine transparente Politik der gelebten Bürgerbeteiligung

Weiterhin sollte bei der Diskussion dieser Gesichtspunkte eine Haltung, ein Ziel spürbar sein, nämlich:

Leisten wir mit diesem Konzept einen Beitrag dazu, den Bezirk attraktiver zu machen und schaffen wir Spielräume für eine positive zukünftige Entwicklung? Oder (im wörtlichen Sinne:) zementieren wir den Status quo?

Und ich sage „wir“, weil es wir, die hier Versammelten sind, die sich diese Frage stellen müssen – oder dürfen, denn Sie sind es ja, die sich aktiv an der Weiterentwicklung Spandaus beteiligen können.

Sehr geehrte Verordnete, Spandau gehört leider weiter zu den Schlusslichtern in Berlin mit einer hohen Arbeitslosenquote und niedrigen Einkommen. Nach einer aktuellen Untersuchung sind die Einkommen in Berlin in den letzten 10 Jahren um durchschnittlich 18% gestiegen; ganz vorn liegt Friedrichshain-Kreuzberg, hier sind die Einkommen um rund 40% gestiegen, Spandau liegt auf dem letzten Platz, hier sind die Einkommen um nur 4% gestiegen.

Das heißt, es gibt einen Verdrängungswettbewerb der Menschen mit geringem Einkommen von der Innenstadt an den Rand. Dieser Verdrängungswettbewerb muss gestoppt werden.

Nun sind Sie nicht die Verordneten von Kreuzberg oder Mitte, aber dieser Prozess ist nicht naturgegeben und unbeeinflussbar. Und er vollzieht sich auch vor unserer Nase.

Selbstverständlich braucht auch Spandau mehr bezahlbare Wohnungen. Spandau braucht aber auch mehr Menschen mit mittleren Einkommen, die gerne im Bezirk wohnen. Es geht hier überhaupt nicht um Luxuswohnungen, sondern um die vielzitierte Mittelschicht. Aus dieser Mittelschicht sind in den letzten Jahren viele Menschen in das Umland gezogen. Falkensee ist die am stärksten gewachsene Gemeinde Deutschlands. Und diese Menschen werden auch in Zukunft in das Umland ziehen, wenn die Innenstadt zu teuer wird und Spandau eben keine angemessenen Angebote schafft. Mit der Folge, dass der Bezirk weiterhin den letzten Tabellenplatz einnehmen wird.

Dabei besteht mit der Weiterentwicklung der Wasserstadt völlig unzweifelhaft die Chance, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stabilisierung zu leisten!

Das hat die Bebauung auf der östlichen Seite/ Haselhorst in den letzten Jahren bewiesen.

Warum vergibt der aktuelle Entwurf 5-73 aus unserer Sicht genau diese Chance, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stabilisierung von Spandau zu leisten?

Aus 3 Gründen:

Erstens:

Es wird kein Bezug genommen auf die bestehende Bebauung, sondern es entsteht eine Bebauung vergleichbar mit der westlichen Wasserstadt. Es wird viel zu dicht gebaut. Die Häuser verschatten sich gegenseitig in beklemmender Weise. Und das ist nicht unsere persönliche Wahrnehmung, sondern hier werden gesetzliche Vorgaben deutlich

überschritten.

Zweitens:

Laut Gewobag sind Wohnungsgrößen von 40-max. 80 qm geplant. Auch jede 4-Zimmer-Wohnung hat max. 80qm. Das heißt, hier gibt es eben keine Vielfalt im Angebot.

Drittens:

Es wird ein Anteil von belegungsgebundenem Wohnraum von mind. 30% vorgegeben, durch die Kooperationsvereinbarung des Senats mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ergibt sich ein Anteil von 50%.

Meine Damen und Herren, es gibt inzwischen eine Diskussion in Spandau, ob bei einzelnen Bauprojekten gänzlich auf mietpreisgebundene Wohnungen verzichtet werden soll. Das ist gar nicht unser Anliegen, denn wir kennen die Verantwortung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Wir sind aber dennoch der Meinung, dass auch bei einer städtischen Gesellschaft und erst recht bei einem Projekt dieser Größenordnung geschaut werden muss, wie eines der grundlegenden Ziele in §1 Baugesetzbuch erreicht werden kann. In §1 BauG heißt es nämlich, dass die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen besonders zu berücksichtigen sind.

Um dem gerecht zu werden, muss ich aber erst mal schauen, wie das Umfeld aussieht, in dem ich bauen will, und dann muss ich mir überlegen, optimalerweise gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, welche Angebote ich schaffe, damit ganz unterschiedliche Menschen hier leben können und wollen.

Die Menschen, die hier wohnen, sind ins Haveleck gezogen in der Erwartung, dass sich ihr Quartier so wie bisher weiterentwickeln kann. Diese Erwartung war nicht naiv, sondern wurde über Jahre von der Politik genährt, erstens durch das Versprechen dass Tegel schließt, und zweitens, weil allen, die nach 2008 gekommen sind und das ist die Mehrheit, ein Bebauungsplan überreicht wurde, der eine aufgelockerte Bebauung mit Geschosswohnungsbau und Reihenhäusern vorsah. Auch sämtliche Straßen, die in diesem Gebiet seit 2008 entstanden sind, wurden bereits nach diesem Plan gebaut und bestätigten damit seine vermeintliche Gültigkeit.

8 Jahre blieb dieser Bebauungsplan im Verfahren, bis er dann 2016 stillschweigend in der Schublade verschwand. Ohne jede Information, an die betroffenen Bürger, geschweige denn mit Bürgerbeteiligung.

Der Bebauungsplan wurde sodann durch den 5-73 ersetzt, der auf den alten Planungen der 90er Jahre aufsetzt; bzw. diese nochmals deutlich nachverdichtet.

Den Anwohnern wird nun immer gesagt, Pech gehabt, der Bebauungsplan, den wir euch so lange vor die Nase gehalten haben und nach dem schon die Straßen gebaut wurden, war halt nicht festgesetzt. Vertrauensschutz und Bürgerbeteiligung sehen anders aus.

Lassen Sie mich abschließend nochmal etwas zur Infrastruktur sagen. Ein funktionierendes Quartier braucht eine gute Infrastruktur sowohl was Schulen und Kitas als auch die Verkehrsanbindung angeht. Wenn Sie die aktuellen Diskussionen dazu verfolgen, werden Sie feststellen: Die erforderliche Infrastruktur wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Gerade die Grundschulen in Haselhorst sind schon jetzt überbelegt; es stehen Containerräume auf den Schulhöfen und für zusätzliche Schulen stehen die Planungen ganz am Anfang. Und das obwohl andere Projekte im unmittelbaren Umfeld schon sehr weit sind. Die Pepitahöfe mit rund 1000 Wohnungen hatten gerade Richtfest.

Ähnlich sieht es beim Verkehr aus. Die Diskussionen um S-Bahn oder Straßenbahn sind über die Vision noch nicht hinausgekommen, in der Verkehrsplanung des Senats bis 2021 findet Spandau nicht statt. Lediglich eine neue Buslinie wird es geben. Dabei wird das

Verkehrsaufkommen durch die geplante Bebauung im Quartier, die Pepitahöfe und weitere Projekte enorm gesteigert.

Alles dies sind Aspekte, die die Attraktivität des neuen Quartiers verschlechtern.

Daher appellieren wir an Sie:

Stimmen Sie keinen Plänen zu, zu denen noch so viele Fragen offen sind.

Vertrauen Sie Ihren Bürgern, die sich gerne und konstruktiv an nachhaltigen Lösungen beteiligen wollen! Und schaffen Sie Ihrerseits wieder Vertrauen der Bürger in Ihre Politik, indem Sie uns nicht übergehen!

Es geht hier nicht nur um einen einzelnen Bebauungsplan, sondern auch um die zukünftige Entwicklung von Spandau. Dafür müssen wir uns als Spandauer und über alle Parteien hinweg einsetzen, denn die Politik oder die Bürger von Zehlendorf oder Mitte, werden es nicht für uns tun.

Stimmen Sie für den Einwohnerantrag! Lassen Sie uns gemeinsam Verantwortung für Spandau übernehmen